



An die Leitungen der staatlichen Hochschulen im
Land Brandenburg
- ausschließlich per E-Mail -

**Ministerium für
Wissenschaft,
Forschung und Kultur**

Dortustraße 36
14467 Potsdam

Bearb.: Frau Bickenbach
Gesch.Z.: 24 : H011-02/004/017
Hausruf: (0331) 866-4758
Fax: (0331) 866-4759
Internet: www.mwfk.brandenburg.de
Claudia.Bickenbach@mwfk.brandenburg.de

Potsdam, 2. November 2015

Anhörung zum Entwurf für eine Verordnung über die Eröffnung des Hochschulzugangs durch Zugangsprüfung

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Präsident,

die Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur beabsichtigt, auf Grundlage des § 9 Absatz 1 Satz 8 des Brandenburgischen Hochschulgesetzes eine Verordnung über die Eröffnung des Hochschulzugangs durch Zugangsprüfung (Hochschulzugangsprüfungsverordnung) zu erlassen. Ein erster Regelungsentwurf der Arbeitsebene wurde bereits Ende letzten Jahres mit Hochschulvertretern erörtert.

Der überarbeitete Verordnungsentwurf berücksichtigt einerseits Einwände und Vorschläge aus dieser Besprechung, andererseits enthält er Anpassungen, die im Hinblick auf die neue Zielgruppe der Flüchtlinge erforderlich geworden sind. Die wesentlichen Ergänzungen umfassen:

- § 2 Abs. 2 schafft eine erleichterte Nachweismöglichkeit für Flüchtlinge. Oftmals werden diese fluchtbedingt keinen Nachweis über ihre Hochschulzugangsberechtigung führen können. Daher sieht die Verordnung hier im Einklang mit dem KMK-Beschluss vom 08.11.1985 eine erleichterte Nachweissführung vor.
- Die Anzahl der Studienbereiche in § 3 Abs. 3, für die studienfeldspezifische Tests entwickelt werden sollen, wurde gegenüber dem ursprünglichen Entwurf reduziert.
- Entsprechend dem Bedarf an einer kurzfristigen Durchführungsmöglichkeit von Zugangsprüfungen für Flüchtlinge wurde die Übergangsregelung in § 5 eingefügt. Hier können die Hochschulen vorübergehend auf bereits bestehende Testverfahren wie bspw. TestAS zurückgreifen.

Anbei erhalten Sie den von der Hausleitung gebilligten Entwurf. Sie haben die Gelegenheit, **bis zum 01.12.2015** zu dem Entwurf Stellung zu nehmen. Ich bitte sicherzustellen, dass alle betroffenen Mitgliedergruppen Ihrer Hochschule die Möglichkeit zur Mitwirkung an einer Stellungnahme erhalten.

Für Rückfragen steht Ihnen mein Referat gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Topel

Dieses Dokument wurde am 2. November 2015 durch Herrn Harald Topel elektronisch schlussgezeichnet.

Verordnungsentwurf für eine

Verordnung über die Eröffnung des Hochschulzugangs durch Zugangsprüfung

(Hochschulzugangsprüfungsverordnung – HSZPVO)

Vom ...

Auf Grund des § 9 Absatz 1 Satz 8 des Brandenburgischen Hochschulgesetzes vom 28. April 2014 (GVBl. I Nr.18) verordnet die Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur:

§ 1

Geltungsbereich

Studienbewerberinnen und Studienbewerber, die über einen ausländischen Bildungsnachweis verfügen, der sie zum Studium an einer im Ausstellungsstaat anerkannten Hochschule berechtigt, können an einer Zugangsprüfung nach Maßgabe der folgenden Vorschriften teilnehmen. Dies gilt nicht für Studienbewerberinnen und Studienbewerber, die bereits auf anderer Rechtsgrundlage zum Hochschulstudium berechtigt sind.

§ 2

Nachweiserfordernis

(1) Über einen ausländischen Bildungsnachweis verfügt im Sinne von § 1, wer diesen im Original oder in beglaubigter Kopie vorlegen kann.

(2) Sollte die Studienbewerberin oder der Studienbewerber an der Vorlage des Originaldokuments fluchtbedingt gehindert sein, genügt der Nachweis mindestens eines Originaldokuments bzw. einer beglaubigten Kopie der Originalunterlage, mit dem bzw. mit der indirekt die behauptete Hochschulzugangsberechtigung belegt wird.

§ 3

Zugangsprüfung

(1) Die Hochschulen können in Studiengängen, die zu einem ersten berufsqualifizierenden Hochschulabschluss führen und für die keine Zulassungszahlen festgesetzt sind, Zugangsprüfungen vorsehen.

(2) Durch die Zugangsprüfung wird festgestellt, ob die fachliche Eignung und die sprachlichen und methodischen Fähigkeiten für das Studium eines Studienganges oder bestimmter fachlich verwandter Studiengänge (Studienbereich) an der die Zugangsprüfung durchführenden Hochschule bestehen.

(3) Studienbereiche im Sinne des Absatzes 2 sind:

1. Geistes-, Kultur- und Gesellschaftswissenschaften
2. Ingenieurwissenschaften
3. Mathematik, Informatik und Naturwissenschaften
4. Wirtschaftswissenschaften
5. Musik (lehramtsbezogen),
6. Sport.

(4) In künstlerischen und gestalterischen Studiengängen legen die Hochschulen die Studienbereiche selbst fest.

(5) Die Zugangsprüfung besteht aus zwei schriftlichen Prüfungsmodulen in einem Umfang von je mindestens 90 Minuten. Eines der schriftlichen Prüfungsmodule überprüft sprachliche und kognitive Fähigkeiten, die für ein erfolgreiches Studium erforderlich sind. Das weitere schriftliche Prüfungsmodul dient der Überprüfung studienbereichsspezifischer Grundkenntnisse und Fähigkeiten. In Ergänzung der schriftlichen Prüfungsmodule können mündliche oder studienpraktische Prüfungsmodule festgelegt werden.

(6) Das Nähere regeln die Hochschulen in Satzungen, die der für Hochschulen zuständigen obersten Landesbehörde vor Inkrafttreten anzuzeigen sind.

§ 4

Teilnahme an der Zugangsprüfung

Es besteht kein Rechtsanspruch auf Teilnahme an einer Zugangsprüfung. Die Hochschulen können die Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer und die Anzahl der Wiederholungsmöglichkeiten der Zugangsprüfung begrenzen. Die Bestimmung geeigneter Auswahlkriterien für die Zulassung zu den Zugangsprüfungen obliegt den Hochschulen.

§ 5

Übergangsbestimmung

Bis zu dem Zeitpunkt, zu dem die Hochschulen den Anforderungen des § 2 genügende Zugangsprüfungen konzipiert haben, längstens jedoch bis zum 31. Dezember 2016, können die Hochschulen die Zugangsprüfung gem. § 2 durch einen standardisierten Studierfähigkeitstest ersetzen. Dieser Test muss einerseits kognitive Fähigkeiten abprüfen, die in allen akademischen Studiengängen Voraussetzung für erfolgreiches Studieren sind und zum anderen eine Prognosekraft für den Studienerfolg in dem Studienbereich besitzen, in dem die Studienbewerberin bzw. der Studienbewerber zugelassen werden soll.

§ 6

Evaluation

Spätestens ein Jahr vor Außerkrafttreten der Verordnung führt die für Hochschulen zuständige oberste Landesbehörde eine Evaluation auf der Grundlage folgender durch die Hochschulen zur Verfügung gestellter Daten durch:

1. abgelegte und bestandene Zugangsprüfungen nach Studienbereichen;
2. Anzahl der Zulassungen infolge bestandener Zugangsprüfung nach Studiengängen sowie Geschlecht, Alter und Staatsangehörigkeit der Zugelassenen;
3. Studienerfolg der durch eine Zugangsprüfung qualifizierten Studierenden nach Studiengängen.

§ 7

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft und nach Ablauf von fünf Jahren seit der Verkündung außer Kraft.

Potsdam, den [Datum der Ausfertigung]

Die Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur

Prof. Dr.-Ing. Dr. Sabine Kunst